

## **Eine Organisation in Bewegung**

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und seine Rolle in der „68er Bewegung“

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) kann mit gutem Grund als erfolgreichste sozialistische Studierendenorganisation in der deutschen Geschichte bezeichnet werden. Zwar gab es seitdem etliche studentische Organisationen und Netzwerke, die zum Teil über mehr Mitglieder und erheblichen Einfluss verfügten, doch keine dieser Organisationen konnte eine derart zentrale Rolle für die Entstehung und die Prägung einer breiten Protestbewegung spielen, wie es der SDS tat. Die Geschichte des SDS ist verwoben mit dem Werdegang der deutschen „68er Bewegung“. Der SDS war Initiator für Aktionen und wurde zum Sprachrohr der Protestierenden. Er war Plattform für die wichtigsten Strategiediskussionen im Laufe der Bewegung und Ausgangspunkt für zahlreiche Strömungen und Organisationsversuche in den folgenden Jahrzehnten.

Für die heutige studentische Linke ist der SDS vor allen Dingen aufgrund seiner Interaktion mit der außerparlamentarischen Bewegung interessant. Der SDS spielte eine entscheidende Rolle bei der Entstehung und Verbreiterung der 68er Bewegung. Er war in der Lage, die Themen des Protestes mit einer allgemeinen antikapitalistischen Orientierung zu verbinden und ihm so eine grundsätzliche Dimension sowie eine auf die Umgestaltung der ganzen Welt gerichtete Perspektive zu verleihen. Gleichzeitig veränderte sich die Organisation im Laufe der Bewegung. Sie war ein authentischer Teil, aber auch Produkt der Dynamik, die sich ab Mitte der 1960er Jahre im außerparlamentarischen Protest entwickelte.

Wenn der SDS auch einen maßgeblichen Einfluss auf die 68er Bewegung hatte, so hat er sie doch nicht im Alleingang erzeugt. Die Genese der Bewegung lässt sich nur durch eine Analyse der historischen Bedingungen hinreichend erklären. Eingebettet in einen längerfristigen Prozess des sozialen Wandels entwickelte und politisierte sich die Studierendenschaft und der SDS vor dem Hintergrund der Vorbereitung der Notstandsgesetze, der großen Koalition (ab 1966), der Krise der Universitäten, dem Vietnamkrieg der USA und der Ausstrahlungskraft der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass auch der SDS selbst einer gewissen historischen Dynamik unterworfen war. Er reagierte bewusst und zum Teil auch unbewusst auf bestimmte politische Ereignisse wie z.B. die antikolonialen Kämpfe oder das Handeln des Staates und war als Teil der Bewegung auch deren Konjunkturen unterworfen.

Eine Darstellung mit dem Fokus auf die Akteure und insbesondere das Handeln des SDS läuft Gefahr, die Bedeutung der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen zu vernachlässigen, da

diese scheinbar nur den Rahmen für das Wirken der Protagonisten stellen. Wir haben deshalb versucht, die Bedingungen des Widerstandes an entsprechender Stelle hervorzuheben.

Der folgende Text ist kein Versuch einer umfassenden Darstellung der 68er Bewegung. Es gibt mittlerweile eine Reihe von brauchbaren Überblicksdarstellungen über diese Zeit, die ein umfassenderes Bild der verschiedenen Themen und Akteure dieser schillernden Revolte abgeben.<sup>1</sup> Unser Fokus liegt hier ausschließlich auf dem SDS, dessen Metamorphosen und seiner Interaktion mit der Protestbewegung. Andere Akteure und Entwicklungen, wie z.B. die Entstehung der Frauenbewegung, das Wirken der Kommune 1, die aktuelle Debatte um die Ursprünge der RAF oder bestimmte kulturelle Ausprägungen der Bewegung spielen hier keine Rolle. Damit ist keine Aussage über deren allgemeine Bedeutung getroffen. Wir denken aber, dass anlässlich des 40. Jahrestages von 1968 die Geschichte des SDS ein wichtiger Ansatzpunkt für die Diskussion einer neuen Linken an den Hochschulen sein kann und widmen uns daher ihrer Darstellung.

### **Von der SPD Kaderschmiede...**

Die Gründung des SDS im September 1946 stand ganz im Zeichen des antifaschistischen Geistes dieser kurzen Periode nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl die meisten Mitglieder der SPD nahe standen, fanden sich in den Reihen des SDS auch Vertreter der sog. „Zwischengruppen“, die sich im politischen Spektrum zwischen SPD und KPD verorteten, und regional unterschiedlich starke Fraktionen von KPD-Mitgliedern.<sup>ii</sup> Mit der beginnenden Restauration verlor der SDS den überparteilichen Gründungscharakter und schon 1947 wurden erste Unvereinbarkeitsbeschlüsse erlassen.

Der SDS war im Gegensatz zu den Jusos keine Arbeitsgemeinschaft der SPD und somit als organisatorisch eigenständiger Verband gegründet worden. Die politische Perspektive des SDS in den frühen Jahren konzentrierte sich aber auf ein Hineinwirken in die Sozialdemokratie, die als das alleinige Instrument zur Umsetzung außeruniversitärer politischer Fragen angesehen wurde. Darüber hinaus galt es, Intellektuelle im Umfeld der SPD zu sammeln und einen bescheidenen Einfluss innerhalb der konservativ dominierten Universitäten zu gewinnen.

Die Zusammensetzung der Studierendenschaft ähnelte in diesen frühen Jahren noch jener in der Weimarer Republik: Die Universitäten dienten als Ausbildungsstätten für die gesellschaftliche Elite und blieben somit einer meist aus wohlhabenden Elternhäusern stammenden Schicht vorbehalten. Die Hochschulorganisationen der Parteien dienten nicht dem Zweck, die Interessen der Studierenden zu artikulieren oder sie als gesellschaftliche Gruppe zu mobilisieren. Vielmehr wurden in ihnen zukünftige Führungsgenerationen der Parteien geschult. Auch im SDS machten sich die meisten führenden Mitglieder – wie z.B. der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt - Hoffnungen auf eine Parteikarriere.

Entsprechend war der politische Kurs des Verbandes zunächst gemäßigt. Die Debatten waren von der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte – Teilung Deutschlands, Wiederbewaffnung und die Dominanz der reaktionären Adenauer CDU – geprägt. Die Stellungnahmen des SDS zu diesen Themen waren dabei auf die parlamentarische Politik der SPD fixiert und kreisten um die Frage, wie die Hegemonie des konservativen Lagers gebrochen werden könne. Die Perspektiven hierfür waren bis in die 1960er Jahre düster. Die SPD steckte mehrere herbe Niederlagen in den ersten Bundestagswahlen ein und konnte kaum mehr als 30% der Stimmen für sich gewinnen. Die Antwort der SPD auf die gesellschaftliche Defensive war eine Anpassung an das bürgerliche Lager. Dieser Weg führte die SPD zum Bruch mit den letzten Resten einer marxistischen Programmatik und in die Große Koalition mit der CDU. Zwar war diese Orientierung später ausschlaggebend für die Trennung von SPD und SDS, viele

Jungfunktionäre teilten jedoch das politische Fundament dieser Politik: eine positive Grundeinschätzung der liberalen Demokratie, die Konzentration auf parlamentarische Mehrheiten und eine soziale Ausgestaltung der Gesellschaft über Reformpolitik. Hierzu gehörte anfangs auch die Nichtanerkennung der DDR bei der gleichzeitigen Befürwortung der Westintegration, d.h. der Wiederbewaffnung Deutschlands und der Allianz mit den USA.

Der SDS war jedoch schon zu dieser Zeit heterogen und umfasste Tendenzen, welche die spätere Linksentwicklung begünstigten. Im Grunde war er schon damals ein Bündnis aus verschiedensten Strömungen der Linken, die trotz erheblicher Unterschiede kooperierten, da sie sich in gemeinsamer Opposition zur reaktionären Hegemonie an den Hochschulen befanden. An einigen Orten organisierten SDS-Gruppen Proteste gegen Burschenschaftler oder die Rehabilitierung von NSDAP Mitgliedern. Außerdem stand der Verband ab Anfang der 1950er Jahre in Kontakt mit linkssozialistischen Intellektuellen wie Wolfgang Abendroth oder Ossip K. Flechtheim, die einen prägenden Einfluss auf die theoretischen Diskussionen bekommen sollten. Schließlich knüpfte der SDS schon frühzeitig Kontakte zu den Gewerkschaften im Rahmen einer gemeinsamen Schulungsarbeit. Die Kooperation wurde mit den Jahren enger und selbst nach dem Rausschmiss des SDS aus der SPD unterstützten Kreise linker Gewerkschafter aus IG Metall und IG Chemie den SDS bis Ende der 60er Jahre politisch und finanziell. Der Kontakt mit den Gewerkschaften regte zudem zu einem gesamtgesellschaftlichen Blick an und inspirierte Diskussionen über das Verhältnis der „sozialistischen Intelligenz“ zur Arbeiterbewegung.<sup>iii</sup>

### **... zum marxistischen Zirkel**

Bis Ende der 50er Jahre bewegte sich der SDS deutlich nach links. Eine wesentliche Rolle dafür spielte die gesellschaftliche Polarisierung anlässlich der Diskussion um die atomare Bewaffnung Deutschlands. Kanzler Adenauer und andere prominente CDU Mitglieder begannen damals die atomare Bewaffnung der Bundeswehr voranzutreiben. Die Mehrheit der Bevölkerung, für die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki noch lebendig war, war gegen die atomare Aufrüstung. Die SPD unterstützte die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, die auf breite öffentliche Sympathie stieß. Sie beteiligte sich an außerparlamentarischen Aktivitäten und der SDS mobilisierte erstmals an den Hochschulen zu Demonstrationen wie einem Schweigemarsch in Berlin, an dem 5.000 Studierende teilnahmen.<sup>iv</sup>

In der Kampagne „Stoppt den Atomtod“ war der SDS erstmals im größeren Stil in außerparlamentarische Aktivitäten involviert. Als die SPD in legalistischer Tradition und in

beginnender Annäherung an die CDU, mit der ab 1966 koalitiert wurde, die Demobilisierung der Kampagne vorantrieb, wurden das erste Mal spürbare Konfliktlinien zwischen SDS und Mutterpartei sichtbar. Durch Neumitglieder gestärkt, begab sich der Verband auf die Reise nach links.

1959 wurde erstmals ein Vorstand gewählt, der sich als marxistisch verstand und eine deutliche Kritik am Anpassungskurs der SPD formulierte. Die linken Kritiker waren in der SPD jedoch zunehmend isoliert. Die Partei schickte sich angesichts anhaltender Erfolglosigkeit bei den Wahlen an, mit dem neuen Grundsatzprogramm, dem Godesberger Programm, „die alten sozialistischen Zielvorstellungen als auch die Methode der bewussten Entwicklung des Klassenbewusstseins“<sup>v</sup> über Bord zu werfen und sich auf ein Bündnis mit der CDU zu orientieren. In Zeiten des Antikommunismus war dabei ein linkssozialistischer Studentenverband, der Marx wiederentdeckte, äußerst hinderlich. Die SPD unterstützte die parteiloyalen Mitglieder des SDS und förderte den Aufbau des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) als Ersatzorganisation für den abtrünnigen SDS. 1961 traf der Parteivorstand einen Beschluss, in dem es hieß:

„Die Mitgliedschaft in dem Verein „Sozialistische Förderergemeinschaften der Freunde, Förderer und ehemalige(n) Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V.“ ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein.“<sup>vi</sup>

Damit wurde nicht nur der SDS sondern auch angesehenen sozialistische Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth und Ossip Flechtheim faktisch aus der SPD ausgeschlossen.

Dieses brutale Vorgehen des SPD Parteivorstandes traf auch die linken Mitglieder des SDS unerwartet und wirkte wie ein Schock. Der Rausschmiss des SDS bedeutete auch die Spaltung des Verbandes. Etliche Mitglieder liefen zum SHB über und der Verband wurde personell und finanziell erheblich geschwächt. Viel schwerwiegender war jedoch, dass die gesamte bisherige politische Strategie des SDS in Trümmern lag. Bis zum Ausschluss aus der SPD war jegliche Perspektive der Organisation mit der Mutterpartei verbunden gewesen – wenn ihre Politik auch von vielen kritisch gesehen wurde. Der SDS Vorstand versuchte daher zunächst panisch, einen Dialog mit dem Parteivorstand einzuleiten, um die endgültige Trennung von der SPD doch noch abzuwenden. Die SPD blieb jedoch bei ihrem Beschluss und somit war der SDS gezwungen sich neu zu erfinden, indem eine grundlegende

Gegenwartsdiagnose vorgenommen und die Rolle der sozialistischen Studierenden für eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft reflektiert wurde.

### **Trennung von der SPD: Metamorphose zur Bewegungsorganisation und strategisches Dilemma**

Nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD kam dem SDS eine besondere Funktion zu. In der Bundesrepublik gab es nach dem Verbot der KPD und dem Anpassungskurs der SPD anders als in anderen westeuropäischen Ländern keine sozialistische oder kommunistische Massenorganisation, die über ausreichende Mitgliederzahlen und Ausstrahlungskraft verfügte, um eine relevante Alternative links von der SPD zu stellen. . Für Wolfgang Abendroth blieben zu diesem Zeitpunkt „als einzige organisierte Zentren sozialistischen Denkens [...] zwei kleine Intellektuellen-Vereine übrig: der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ mit seiner Zeitschrift *Neue Kritik* und die zu seiner Unterstützung [...] gegründete Sozialistische Förderergesellschaft e.V.“<sup>vii</sup>

Der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD war für den SDS Fluch und Segen. Zum einen beraubte er den Verband zunächst einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Der SDS wollte in die Partei hineinwirken und mit Hilfe ihrer Verankerung in den Gewerkschaften und ihrer gesellschaftlichen Ausstrahlungskraft die Kräfteverhältnisse verändern. Nun blieb ein strategisches Vakuum, das bis zur Auflösung des SDS nicht wirklich gefüllt werden konnte. Die Frage, wie die Kerne sozialistischer Intellektueller über die Universität hinaus in die Gesellschaft hineinwirken könnten, begleitete die Geschichte der Organisation. Offensichtlich war die SPD nicht mehr die Kraft, mit der eine systemüberwindende Politik möglich war. Eine alternative Perspektive war jedoch noch nicht vorhanden. Dieses Dilemma war jedoch produktiv. Es zwang den SDS, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln und sich somit von seiner Rolle als sozialdemokratischer Studierendenverband zu emanzipieren.<sup>viii</sup>

In dieser Phase wurden wichtige Grundlagen gelegt, die den SDS befähigten in der späteren Bewegung eine hegemoniale und strategisch orientierende Funktion zu übernehmen. Der SDS wurde – auch weil die SPD loyalen Mitglieder mit der Mutterpartei zum SHB gewechselt waren – der Anziehungspunkt für Studierende und Intellektuelle, die an einer sozialistischen Perspektive festhielten und die Anpassung und Passivität der Sozialdemokratie kritisch gegenüber standen. Angesichts der realen Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung zwischen den Großmächten, dem Aufstieg antikolonialer Befreiungsbewegungen<sup>1</sup> sowie der

---

<sup>1</sup> In den 1950er und 60er Jahren erzwangen zahlreiche Bewegungen in den ehemaligen Kolonialstaaten deren politische Unabhängigkeit und das formale Ende der politischen Herrschaft

erstickenden Atmosphäre von Antikommunismus und genügsamer Bürgerlichkeit nahm deren Zahl in diesen Jahren zu.

International entstand die Strömung der Neuen Linken, zunächst inspiriert von Intellektuellen wie Herbert Marcuse, E.P. Thompson oder André Gorz. Prägend für das sozialistische Verständnis des SDS nach der Loslösung von der SPD waren die Marx'sche Kapitalismuskritik und Klassenanalyse, eine deutliche antifaschistische Positionierung und radikaldemokratische Einstellungen sowie die Solidarität mit den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Unter dem Eindruck der Blockkonfrontation forderte der SDS zwischen den Fronten des Kalten Krieges eine Außenpolitik des „dritten Weges, Entspannungspolitik und verneinte den herrschenden Antikommunismus, ohne aber auf eine Kritik an den „realsozialistischen“ Ländern zu verzichten.<sup>ix</sup> Innerhalb dieser Spannbreite blieb das politische Spektrum des Verbandes heterogen und umfasste mit Radikaldemokraten, Moralisten, Christen und Sozialisten/Kommunisten so ziemlich alle Strömungen, die links von der SPD vorhanden waren, bzw. in der späteren Protestbewegungen eine Rolle spielten.<sup>x</sup>

Innerhalb dieses Spektrums bot der SDS eine geeignete Plattform für eine breite und offene Diskussion über die Rolle der sozialistischen Intelligenz. Als loser Intellektuellenbund besaß er verschieden geographische Zentren (u.a. Berlin, Frankfurt, Marburg) mit jeweils lokalen politischen Färbungen. Die unterschiedlichen Orientierungen gingen in der Diskussion trotz der Gegensätze meist eine fruchtbare Verbindung ein.

Auf Delegiertenkonferenzen und in der theoretischen Verbandszeitung „neue kritik“ wurden zu dieser Zeit vor allem Selbstverständigungs- und Strategiedebatten geführt. Die SDS Mitglieder rezipierten die Schriften der neuen Linken, entdeckten die frühen Werke von Marx neu und beschäftigten sich mit den Theoretikern George Lukács, Karl Korsch, Antonio Gramsci und der Frankfurter Schule.

Im Mittelpunkt stand vor allem die Frage nach der Integrationskraft des „Spätkapitalismus“ und nach der Rolle der sozialistischen Intelligenz unter diesen Bedingungen. Großen Einfluss hatte dabei Herbert Marcuses Werk „Der eindimensionale Mensch“, in dem explizit die politische Apathie in der Bevölkerung und neue Formen der Repression thematisiert wurden. Marcuse beschrieb die kapitalistische Überflusgesellschaft als totalitäres System, in der antikapitalistische Opposition durch eine „nicht-terroristische, ökonomisch-technische Gleichschaltung, die sich in der Manipulation der Bedürfnisse“ geltend mache, beschrieben. Marcuse propagierte dagegen die „Große Weigerung“, eine Revolte, die von den

---

durch die europäischen Mächte. Einige Staaten, wie z.B. Vietnam, Angola oder Kuba, orientierten sich politisch an dem Hauptopponenten der ehemaligen Kolonialmächte, der UdSSR.

Marginalisierten in den Industriestaaten, vor allem aber von den Ausgebeuteten in den ehemaligen Kolonien getragen werden solle.<sup>xi</sup>

Marcuses Ansätze wurden im SDS durchaus kritisch gelesen. Der SDS hatte traditionell einen starken Bezug auf die Arbeiterbewegung, während Marcuse zumindest die Initiative für die Veränderung der Gesellschaft bei Studierenden, Randgruppen und den Befreiungskämpfen der Dritten Welt verortete. Dennoch übten dessen Theorien eine starke Anziehungskraft aus, schließlich schrieben sie den Studierenden eine neue, unabhängige Rolle zu, die eine mögliche Antwort auf das strategische Dilemma des SDS nach der Trennung von der SPD war. Marcuses Theorien galten außerdem als „undogmatische“ Alternative zu den klassischen Bezügen auf die Arbeiterbewegung, die manchen SDS-Mitgliedern als nicht mehr zeitgemäß erschienen. Bis zu seiner Auflösung blieb der Bezug des SDS auf die Arbeiterbewegung daher widersprüchlich und ambivalent.

Auf eine aktivere Rolle der Studierenden in sozialen Auseinandersetzungen wies jedoch auch jene Schrift hin, die gewissermaßen als Grundsatzprogramm für die Auseinandersetzung an den Hochschulen diente, die 1960/61 verfasste Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“<sup>xii</sup>. Darin wurde Rechenschaft über die Funktionsveränderungen der Hochschulen in der Nachkriegsgesellschaft abgelegt. Aufgrund des technologischen Fortschritts bestünden höhere Anforderungen an wissenschaftlich geschulte Arbeitskräfte in Produktion und Verwaltung. Das Universitätssystem reagiere darauf mit einer stärkeren Funktionalisierung und Ideologisierung der Bildung. Die Hochschulen wandelten sich zu Massenbildungsstätten mit hoch spezialisierten Ausbildungsgängen.

Eine Antwort darauf wird von den Autoren in einer grundlegenden Demokratisierung der Hochschule gesehen, die gleichzeitig auf eine Demokratisierung der gesamten Gesellschaft hinauslaufe. Erst wenn die Durchdringung von Bildung und Arbeit in Form von selbstbestimmten lernenden und arbeitenden Lebenszusammenhängen gewährleistet sei, wäre die Voraussetzung für unentfremdete Bildung vorhanden.

Studierende werden in der Hochschuldenkschrift zum ersten Mal als treibende Kraft der angestrebten Hochschulreform gesehen. Das Potential für deren Politisierung und Aktivierung entstehe aus dem Widerspruch zwischen dem proklamierten Ideal humboldtscher Bildung und den Realitäten der Massenuniversität, die keinen Platz für die freie Entfaltung der Studierenden lasse. Widerstand gegen ideologische Manipulation sei dadurch möglich. Die Selbstaktivität der Studierenden galt den Autoren als Motor der angestrebten Veränderungen und ihr Kampf stand dabei im Zusammenhang mit dem Kampf um die Demokratisierung von



Lebens- und Arbeitsbedingungen in der gesamten Gesellschaft. Die Aufgabe des SDS wurde darin gesehen, im Zentrum dieses Widerstandes stehen.<sup>xiii</sup>

Die Hochschuldenkschrift war damit mehr als ein Programm für eine progressive Hochschulreform. Die Widersprüche an den Hochschulen wurden im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Kapitalismus gesehen, in der alle gesellschaftlichen Bereiche dem Prinzip der Profitmaximierung untergeordnet würden. Damit wurde der Anspruch formuliert, dass die Reform der Universitäten Teil des Kampfes um eine Veränderung der Gesellschaft sei. Mit der Orientierung auf die Selbstaktivität der Studenten und der Einordnung dieser Aktivität in den Prozess einer allgemeinen sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, wurden wichtige Elemente für das spätere Selbstverständnis des SDS innerhalb der Studentenbewegung benannt.<sup>xiv</sup>

Anfang der 60er Jahre waren solche Gedanken noch revolutionär. Studierende galten bis dahin als Teil der gesellschaftlichen Elite. Wenn sie politisch adressiert wurden, dann als Intellektuelle und zukünftige Wortführer der verschiedenen politischen Strömungen. Die Orientierung auf Studierende als Subjekt legte eine wichtige Grundlage für die aktive Rolle der Organisation in der Studierendenbewegung ab 1965 und befruchtete die Diskussion um die Stellung der sozialistischen Studierenden zur Arbeiterbewegung.

Dies war jedoch mehr oder weniger Zukunftsmusik. In den frühen 1960er Jahren dominierten praktische Ansätze, die sich für ein Hineinwirken in die Gewerkschaften oder die Perspektive einer neuen linkssozialistischen Partei aussprachen. In dieser Zeit gewann der SDS zunehmend an Einfluss und Bedeutung, weil er sich in die außerparlamentarischen Bewegungen und Kampagnen der Jahre ab 1961 (Ostermarschbewegung, Antinotstandskampagne, Kampagne gegen den Vietnam-Krieg) theoretisch und praktisch einbrachte. Der SDS verfolgte zu diesem Zweck recht erfolgreich eine Bündnispolitik, die darauf abzielte, Kontakte zu Gewerkschaftern und linken Intellektuellen außerhalb des Verbandes zu knüpfen. Eine besondere Rolle spielte dabei die Zusammenarbeit mit dem linken Flügel einzelner DGB-Gewerkschaften. In der Kampagne gegen den „Notstand der Demokratie“ übte der SDS eine Scharnierfunktion zwischen Intelligenz und Gewerkschaftern aus. Aber auch durch die Zusammenarbeit mit anderen Studierendenorganisationen konnte die Isolation des SDS durchbrochen werden. Die Verbände der „Höchster Koalition“<sup>xv</sup> führten als ihre erste gemeinsame Veranstaltung 1965 einen Kongress gegen die Notstandsgesetze in Bonn durch. Mit diesen Diskussionen und den Debatten über Vietnam legte der SDS wichtige inhaltliche Grundlagen für die späteren Kampagnen gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. Außerdem wurden wichtige Verbindungen insbesondere zu linken

Gewerkschaftern gelegt. Auf dem Kongress „Vietnam – Analyse eines Exempels“, der unter anderem gemeinsam mit dem als Konkurrenzorganisation zum SDS gegründeten SHB organisiert wurde, sprachen unter anderem die Philosophen Herbert Marcuse und Jürgen Habermas, der in Ungnade geratene Vordenker der Gewerkschaften Theo Pirker sowie Heinz Brandt, Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall“ vor insgesamt etwa 2.200 Teilnehmern.

### **Dutschke und die Antiautoritären: Die Wendung auf die Praxis**

Ende 1964 traten Mitglieder der Gruppe "Subversive Aktion" in SDS-Gruppen in München und Berlin ein, um "aktionistische Fraktionen zu etablieren und schließlich die politische Ausrichtung und die Kampfform des SDS insgesamt zu ändern."<sup>xvi</sup> Diese Neumitglieder, darunter Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann, sollten den Verband kräftig aufmischen und einen entscheidenden Impuls für die Mischung aus Aktionismus und theoretischer Diskussion liefern, der den SDS ab 1965 zunehmend kennzeichnete. Die Subversive Aktion war ein kleiner Kreis von recht unterschiedlich denkenden Individualisten, die sich am „Situationismus“ orientierte, einer künstlerisch-politischen Strömung, welche die Einheit von Kunst und Leben propagierte und sich als „Rädelsführer organisierten Ungehorsams“ verstand. Die Aktionen der Gruppe dienten dem Zweck, gesellschaftliche Repression innerhalb der manipulierten, verwalteten Welt zu entblößen.<sup>xvii</sup> Damit verbunden war die Zielsetzung, nicht nur die gesellschaftlichen Umstände sondern auch die in die Aktivitäten verwickelten Individuen zu revolutionieren. Selbstveränderung und die Veränderung der Gesellschaft wurden als zwei Seiten desselben revolutionären Prozesses gesehen.

Die Gruppe um Dutschke scheute die Provokation nicht und versuchte den Verband durch Taten umzukrempeln. Verstöße gegen Mehrheitsmeinungen und Beschlüsse wurden bewusst in Kauf genommen.

Die politische Strategie hinter diesem Vorgehen bestand nach Rudi Dutschke aus einer unmittelbaren Adaption der revolutionären Prozesse in der „Dritten Welt“ auf Westdeutschland. Danach sei der politische Hauptwiderspruch der Kampf zwischen dem Imperialismus und der Dritten Welt zu verorten. Die Aufgabe der kritischen Intelligenz in den Metropolen sei die Unterstützung dieses Kampfes durch direkte, bewusstseinschaffende Aktionen, die gleichzeitig zur Formierung eines Gegenmilieus mit subkultureller Dynamik führen würden. Als Ausgangspunkt für diese Entwicklung galt die Universität, das schwächste Glied in der herrschaftsförmig strukturierten Gesellschaft. Von dort ausgehend

sollte ein langer Marsch durch andere Institutionen<sup>2</sup> begonnen werden, der durch Aufklärung und Aktion die Institutionen zersetzen und zur Bildung städtischer Guerilla-Einheiten beitragen würde, welche den revolutionären Prozess in den Metropolen vorantreiben sollten.<sup>xviii</sup>

Solche Vorstellungen trafen vor allem bei den älteren SDS-Mitgliedern auf Widerstand, standen sie doch im Kontrast zu der bisher in Ansätzen erfolgreich betriebenen Strategie, Bündnisse mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung einzugehen. Aktionsformen, durch welche dieses Bündnis in Gefahr gebracht werden könnte, stießen daher auf Ablehnung.

Aus heutiger Sicht ist die Überschätzung der Wirkungsmächtigkeit der nationalen Befreiungskämpfe in der „Dritten Welt“ auch befremdend. Zum einen führt eine Orientierung an diesen Auseinandersetzungen nicht um eine konkrete Strategie zur Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung im eigenen Land herum. Dies fehlte den Antiautoritären, die zunächst von einer strategischen Perspektive auf die Arbeiterbewegung wegorientierten, und stellte gleichzeitig das wesentliche Dilemma der westdeutschen Studierendenbewegung dar. Zum anderen war die Solidarisierung mit den nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien oftmals mit einem zu unkritischen Verhältnis gegenüber den führenden Akteuren in jenen Ländern verbunden. Dabei wurde einerseits übersehen, dass ihnen nationalstaatliche Entwicklungsziele meistens näher lagen als die artikulierten sozialistischen Bekenntnisse. Andererseits machte die idealisierende Überschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen viele 68er auch blind für spätere autoritäre Deformationen, wie z.B. die Regime in China oder Kambodscha.

Trotz der immanenten Fehleinschätzungen in der Theorie spielte die Orientierung der Antiautoritären eine entscheidende Rolle dabei, den SDS auf die kommende Revolte einzustellen.

Erstens formierten sie durch ihre Initiativkraft eine kritische Minderheit an den Universitäten, die zur Trägerschicht der späteren Revolte werden sollte. Sie operierten nicht nur mit theoretischen Seminaren und Kongressen sondern mit „Aufklärung durch Aktion“. Die SDS Gruppe an der Freien Universität provozierte mit konfrontativen Aktionen, die politisierend auf eine große Anzahl von Studierenden wirkten. Dies wurde mit theoretischer Reflektion

---

<sup>2</sup> „Marsch durch die Institutionen“ bedeutete in diesem Verständnis nicht, dass staatliche Positionen um der Realpolitik willen erobert werden sollten, wie es später von einigen Politikern wie z.B. Joschka Fischer oder Daniel Cohn-Bendit interpretiert wurde, die sich als Erben der 68er verstehen. Dutschke meinte damit eine zersetzend-sabotierende Tätigkeit in Anlehnung an Marcuses Begriff der „Verweigerungs-Revolution“. Ein schönes Beispiel dafür, wie der politische Streit um die Deutung von 1968 sich auch in einem Streit um die Be-Deutung der Begriffe reflektiert.

verbunden. Keimzelle für die meisten Aktionen der Antiautoritären war der Lesekreis "Die Entwicklung zur Formierten Gesellschaft und Formen politischer Praxis", an dem 1966 bis zu hundert Personen regelmäßig teilnahmen. Diese Verbindung von theoretischer Diskussion und Aktivismus war geeignet, um eine wachsende Anzahl der sich radikalierenden Studierenden um sich zu scharen. Die neue Taktik zielte mit Erfolg auf die Formierung einer kritischen Minderheit ab: „Nachtrabpolitik oder Initiativfunktion“<sup>xxix</sup>, so stellte sich die Frage für Dutschke – und ohne Letztere hätte der SDS wohl kaum eine derart zentrale Rolle in der Protestbewegung spielen können.

Zweitens war die Orientierung auf die internationalen Auseinandersetzungen bedeutend dafür, dass aus vereinzelt Protestaktivitäten eine zusammenhängende Bewegung mit antikapitalistischer Zielsetzung wurde. Mit der Eskalation des Vietnamkrieges radikalisierte sich die internationale Protestbewegung, und neu politisierte Studierende, die möglicherweise durch Missstände an den Universitäten oder aus moralischer Empörung über den Krieg aktiv geworden waren, begannen den Kapitalismus in Frage zu stellen. Diese Dynamik war an die internationalen Entwicklungen gekoppelt: allen voran der Vietnamkrieg, aber auch die Aufstände in amerikanischen Großstadtghettos, die Ermordung Martin Luther Kings sowie die offensive Propaganda von Che Guevara und anderen Revolutionären der Dritten Welt, die dazu aufriefen, die Auseinandersetzung in die Metropolen zu tragen. Eine bloß aufklärende, propagandistische Aktivität hätte niemals eine derart breite Radikalisierung bewirken können. Entscheidend war die Wahrnehmung, Teil einer internationalen Auseinandersetzung zu sein, dessen Kern ein Kampf um die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die Produktionsweise war – also eine revolutionäre Perspektive. Die theoretischen Auffassungen der Antiautoritären waren dabei von einigen Fehleinschätzungen und Illusionen geprägt, die in der späteren Entwicklung auch Folgen haben sollten. Aber die radikale Orientierung auf die internationalen Auseinandersetzungen bewirkte, dass der SDS und die sich um ihn gruppierenden Studierenden, von der weltweiten Radikalisierung erfasst wurden und damit tatsächlich Teil einer internationalen Bewegung wurden.

Der SDS in Berlin entwickelte zunehmend Ausstrahlungskraft vor allem auf jüngere SDS Mitglieder und organisierte verschiedene Demonstrationen in der Stadt sowie "praktisch alle zwei bis vier Wochen eine Vietnam-Veranstaltung, ein Teach-in, eine Presseschau, einen Filmabend, etc."<sup>xxx</sup> Auf einer Filmveranstaltung des SDS über den Vietnam Krieg im Dezember 1966 nahmen 600 Personen teil, während sich zeitgleich nur 100 Studenten auf einer Veranstaltung des RCDS in einem benachbarten Hörsaal einfanden, um mit dem südvietnamesischen, US-loyalen Botschafter zu diskutieren.<sup>xxxi</sup>

Im Zuge der weiteren außerparlamentarischen Auseinandersetzungen wurde die antiautoritäre Praxis der Konfrontation und der „begrenzten Regelverletzung“ letztlich Schritt für Schritt vom ganzen Verband und von großen Teilen der Studierendenbewegung akzeptiert und weiterentwickelt, auch von den Teilen, die weiterhin auf eine Eigenaktivität der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen setzten.<sup>xxii</sup>

### **Erste studentische Proteste**

Ab dem Sommersemester 1965 kam es zu ersten Massenprotesten an den Universitäten. Brennpunkt war vorerst Berlin, erst später griff die Bewegung auf andere Städte über. Stein des Anstoßes war das Redeverbot für den Journalisten Erich Kuby, der öffentlich erklärt hatte, dass der Name "Freie Universität" ein ideologisch begründeter Kampfbegriff des Kalten Krieges sei und deshalb kaum eine freie Geisteshaltung ausdrücke. In Folge der politischen Zensur durch die Universitätsverwaltung kam es zum ersten Mal zu größeren Protestversammlungen der Studierenden. Am Institut für Politische Wissenschaften wurden die Vorlesungen boykottiert; 90% der dortigen Studenten beteiligten sich an dieser Protestform. Auf den studentischen Vollversammlungen fanden sich nun regelmäßig über 1000 Teilnehmer ein.

Anfangs hatte der Berliner SDS noch wenig für Hochschulpolitik übrig und unterschätzte das Potential einer Politisierung an den Universitäten. Ende 1965 begann er jedoch als aktivistische Minderheit außerhalb der studentischen Gremien eine mobilisierende und politisierende Rolle einzunehmen.<sup>xxiii</sup>

Der SDS begann erstmals die Interessen der Studierenden zu artikulieren und auf eine selbständige Bewegung an den Universitäten zu bauen. Eine solche Interessenspolitik sollte aber stets mit einer allgemeinen sozialistischen Strategie verbunden werden. Insofern ging es dem Verband nicht nur um die Initiierung von Protesthandlungen, sondern auch um deren Politisierung und Radikalisierung. Um der Gefahr des "Praktizismus" zu entgehen, wurden Arbeitskreise gebildet, die den Konflikt an der FU entsprechend der Orientierung der Hochschuldenkschrift von 1961 im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Kritik diskutierten.<sup>xxiv</sup> In dieser Weise handelte der SDS auch, wenn größere Proteste der Studierenden anstanden.

Im Sommersemester 1966 beteiligte sich der SDS an einem Protestbündnis gegen Zwangsexmatrikulationen an der medizinischen Fakultät, das nicht nur linke Strömungen umfasste, sondern auch konservative Korporationen. Über 3.000 Studierende beteiligten sich

daraufhin auf dem ersten großen Sit-in an einer deutschen Universität und belagerten dort eine Sitzung des akademischen Senats. Die Protestaktion dauerte über 12 Stunden. Ihre Funktion war dabei nicht nur der Protest. Sie war auch eine groß angelegte Selbstverständigung der Studierenden, die erstmals abseits des Universitätsalltages eine Debatte über die Ziele des Protestes, ihre Forderungen, aber auch über die Stellung der Universitäten in der Gesamtgesellschaft führen konnten. Hier zeigte sich erstmals, dass Aktionen tatsächlich einen aufklärenden Charakter besitzen können, denn die Beteiligung an einer Auseinandersetzung eröffnete für Viele neue Fragestellungen und weitergehende Perspektiven des Protestes. Der SDS hatte einen wesentlichen Anteil daran. Etwa 20 SDS-Mitglieder hielten Ad-hoc-Referate über die gesamtgesellschaftliche Dimension des Konfliktes und die Ursachen des technokratischen Umbaus der Universitäten.<sup>xxv</sup> Die vorangegangene theoretische Arbeit hatte sie dazu befähigt, ihre Perspektiven und Deutungen im Augenblick des Massenprotestes für eine große Anzahl Studierender zugänglich zu machen. Dies zeigte Wirkung. Im Anschluss an das Sit-in wurde von 2000 Studenten eine von SDS-Mitgliedern und Sympathisanten ausgearbeitete Resolution verabschiedet, in der es hieß:

"Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen. [...] Es gilt, die Freiheit der Universität als Problem zu sehen, das über den Rahmen der Universität hinausweist."<sup>xxvi</sup>

Mit seiner Kombination aus Interessenspolitik und grundsätzlicher kapitalismuskritischer Positionierung konnte der SDS die Meinungsführerschaft unter dem politischen Studierenden in Berlin erreichen. Sogar der Ring Christlich Demokratischer Studierender (RCDS) sah sich genötigt, dem SDS seine Solidarität auszusprechen, als dessen Büroräume im Januar 1967 von der Polizei durchsucht wurden. 3.000 Studenten nahmen daraufhin an einer Protestversammlung an der FU teil. Im Oktober 1967 konstatierte der RCDS eine "prinzipielle Schwäche im Vergleich vor allem zum SDS", dessen Aktivitäten von einem "in eingehenden Studien formulierten" allgemeinen gesellschaftspolitischen Konzept ausgingen.<sup>xxvii</sup>

Das beschriebene Agieren auf dem Sit-in 1966 ist exemplarisch für die Herangehensweise, mit welcher der SDS die strategische Orientierung der Protestbewegung prägen konnte. Die Kombination aus Konfrontation mit der Universitätsleitung und theoretischer Schulung ähnelte dem Konzept der "Aufklärung durch Aktion", ohne dass die Antiautoritären um Rudi Dutschke Ausgangspunkt der Aktivitäten gewesen wären.<sup>xxviii</sup> Antiautoritäre Theorie und Praxis und das Handeln des SDS an der FU standen fortan in einer Wechselbeziehung

zueinander. Durch die Kombination der beiden Faktoren konsolidierte sich in Berlin eine neue praktische Orientierung des Verbandes, die auf die Initiierung und Politisierung von Protesten abzielte. Der Berliner SDS sah seine Aufgabe nun darin, aus einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Hochschulrevolte zu machen. Diese sollte wiederum einen Beispielcharakter für den Rest der Gesellschaft haben.<sup>xxix</sup> Die neue Praxis brachte neue Mitglieder. Ende 1966 war der Berliner SDS von 50 Mitgliedern Anfang 1965 auf 200 Mitglieder angewachsen.

### **Kampf gegen den Notstand der Demokratie**

Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 rückte der Kampf gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch SPD und CDU in den Mittelpunkt der Aktivitäten des SDS. Das sozialistische Politikverständnis manifestierte sich auf der 21. Delegiertenkonferenz in dem Beschluss, in dem sich der SDS „als konsequentesten und zugleich weitertreibenden Teil der breiten oppositionellen Bewegung gegen die Notstandsgesetze“<sup>xxx</sup> begriff. Der SDS sah die spätkapitalistische Bundesrepublik nach der Phase des Wiederaufbaus in eine neue Phase bürgerlicher Herrschaft eintreten, in der die Notstandsgesetze Teil eines Klassenkampfes von Oben wären, um die Kapitalherrschaft zu sichern und die politische Demokratie und die sozialen Rechte der lohnabhängig Beschäftigten zu beseitigen. Dieser Analyse lag ein marxistisches Staatsverständnis zu Grunde, welches in der parlamentarischen Demokratie und der faschistischen Staatsorganisation zwei verschiedene Formen bürgerlicher Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft ausmachte. Angesichts der Erfahrungen aus dem Untergang der Weimarer Republik befürchteten viele, dass die junge restaurierte Bundesrepublik erneut einen ähnlichen Weg gehen könnte. In der Weimarer Republik hatten die Nationalsozialisten auf Basis des Notstandsartikels 48 der Weimarer Reichsverfassung die Republik in eine faschistische Diktatur transformiert. In diesem Zusammenhang sah Wolfgang Abendroth die Notstandsverordnung im Kontext mit der Restauration in der Bundesrepublik, in der die sozialen und politischen Kräfte, „die in der Weimarer Republik, schon einmal zuerst die Unterwanderung und dann die Vernichtung der demokratischen Rechtsordnung teils zulassen, teils bewirkt, teils selber herbeigeführt haben“ auf eine Notstandsgesetzgebung drängen würden.<sup>xxxi</sup>

Im Oktober 1966 vereinte der Frankfurter Kongress „Notstand der Demokratie“ die junge sozialistische Intelligenz mit den Gewerkschaften. Unter der Federführung der IG-Metall beteiligten sich sechs DGB-Einzelgewerkschaften an der Veranstaltung und dem Kuratorium, welchem Professoren, Schriftsteller, Vertreter der Kirchen und ein FDP-Mitglied angehörten und dessen Sekretariat vom SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer gebildet wurde. An

dem Kongress nahmen über 8.500 Menschen teil, die Abschlusskundgebung besuchten über 24.000 Teilnehmer.

Der Mord an dem Berliner Studierenden Benno Ohnesorg und der 2. Juni 1967 sollten für die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und die Aktivisten des SDS zum manifesten Beweis ihrer bis dahin latenten Befürchtungen über den Charakter des bürgerlichen Staates werden.

### **Der Mord an Benno Ohnesorg und der Beginn der Revolte**

Bis zum Juni 1967 waren die Proteste der Studierenden noch überschaubar. Es handelte sich vor allen Dingen um ein Milieu an der FU Berlin, dass zunehmende Ausstrahlungskraft gewann, und um vereinzelte Demonstrationen zu verstreuten Anlässen in anderen Städten.. Hierbei war jedoch schon latent erfahrbar, dass von einer politischen Minderheit organisierte Aktionen einen Resonanzboden in der Stimmung der Mehrheit der Studierenden besaßen. Auch im Rest der Republik begannen vormals isolierte sozialistische Zirkel über Veranstaltungen, Publikationen und Aktionen Kontakt zu einer großen Anzahl von Studierenden zu finden. Noch verdichteten sich diese Aktivitäten jedoch nicht zu einer allgemeinen, bundesweiten Revolte. Dies wurde erst durch ein kritisches Ereignis ausgelöst, das vereinigend und mobilisierend wirkte: der Mord an dem Studenten Benno Ohnesorg auf einer Demonstration in Berlin.

Benno Ohnesorg war Student der Romanistik und der Germanistik, Mitglied der evangelischen Studentengemeinde sowie des Argument Clubs und vor der Demonstration am 2. Juni 1967 kaum politisch aktiv gewesen. Zur Demonstration hatte der SDS aufgerufen, um gegen den Staatsbesuch des Schahs von Persien zu protestieren. Persien war zu dieser Zeit eine vom Westen gestützte Diktatur, die erbarmungslos gegen Dissidenten vorging. In den Augen der Studierenden stand der herzliche Empfang durch den Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz, bei dem sich der Schah in das Goldene Buch der Stadt eintragen durfte und man abends gemeinsam die Zauberflöte genoss, für mehr. Er war Symbol für die drohende autoritäre Deformation der Bundesrepublik und einen drohenden Rückfall in den Faschismus. Nach den Ereignissen des 2. Juni, in dem der Staat die Studierenden direkt ins Visier nahm, rechneten sie mit einer unmittelbaren totalitären Umgestaltung. Diese Perspektive machte Widerstand zur Pflicht.

In obrigkeitstaatlicher Manier wurde die Demonstration von der Öffentlichkeit abgeschirmt, um peinliche Bilder während des Staatsbesuches zu vermeiden. Dann wurden die Studierenden von eigens angekarnten Anhängern des Schahs, den so genannten Jubelpersern, mit Hilfe von großen Holzlatten zusammengeschlagen – die Polizei tat nichts um dagegen vorzugehen. Als es daraufhin zu einer abendlichen Spontandemonstration an der Deutschen



Oper kam, eskalierte die Polizeigewalt. Die Studierenden wurden mit Knüppeln auseinandergejagt und flohen in alle Richtungen. In einem Parkhaus in der Nähe wurde Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

### **Die Antwort: Kein Zurückweichen, Kampf um die Solidarität der Bevölkerung**

Der Schock über diesen Mord saß tief. Der SDS bezeichnete den Vorfall als vorgezogene Notstandsübung, d.h. als erstes Anzeichen der zukünftigen repressiven Normalität, in der Opposition auch mit physischen Mitteln ausgeschaltet werden sollte. Zu dieser Wahrnehmung passte auch, dass die Medien nicht die Polizei sondern die Demonstranten angriffen und die Stadt Berlin ein generelles Demonstrationsverbot erließ. Die Studierenden standen im Visier von Staatsapparat und Medien. Nicht nur der SDS befürchtete, dass es bei weiteren Demonstrationen zu blutigen Vorfällen kommen würde. Die studentische Opposition, die zuvor lediglich symbolische Aktionen mit aufklärerischem Charakter durchgeführt hatte, war auf einmal in eine Konfrontationssituation hineingeworfen. In dieser Situation übernahm der SDS eine Führungsrolle in der Deutung der Vorfälle und der Orientierung der Bewegung.

Dessen Antwort bestand aus zwei Elementen: erstens könne es kein Zurückweichen geben. Bei einem Kongress in Hannover anlässlich der Beisetzung von Benno Ohnesorg erklärte Rudi Dutschke:

"Aus dieser... (Beifall) aus dieser theoretischen Einschätzung der Integrationsmechanismen der bestehenden Gesellschaft ist es für uns klar geworden, daß die etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie nicht unsere Spielregeln sind, daß Ausgangspunkt der Politisierung der Studentenschaft die bewußte Durchbrechung dieser etablierten Spielregeln durch uns sein mußte..."

In diesem Kontext wurde diese Aussage als Kampfansage gewertet. Dutschke handelte sich zwar von Jürgen Habermas den Vorwurf ein, seine Anschauungen seien „linker Faschismus“<sup>xxxii</sup>, sprach aber Tausenden aus dem Herzen, die fühlten, dass weitere Aktionen und Widerstand gegen die Repressionen des Staatsapparates auf der Tagesordnung stünden.

Damit wähten sich die Studierenden in einer Machtauseinandersetzung mit dem Staat. In dieser Situation orientierte der SDS erstmals offensiv auf den Aufbau von Gegenstrukturen und die Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten außerhalb der Uni. In seiner Erklärung zu den Vorfällen des 2. Juni hieß es:

"die Proteste der Studenten werden so lange ohnmächtig bleiben, wie es ihnen nicht gelingt, sich einen gesamtgesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen. Rauchbomben, Eier, und Pudding [Anspielung auf symbolischen Happenings der Kommune 1, F.B.] sind Mittel einer hilflosen Rebellion. Die studentische

Opposition muß die politischen und sozialen Widersprüche der gesamten Kraft ihrer Kritik unterwerfen und auf die Befreiung des Bewußtseins hinwirken. Sie muß der Oligarchie in Ökonomie, Öffentlichkeit und Staatsapparat die Macht selber streitig machen...<sup>xxxiii</sup>

Um die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen und der Hetze der Springerpresse etwas entgegen zu setzen, verteilten die Studierenden über 300.000 Flugblätter über die Vorfälle in der Berliner Innenstadt. Außerdem wurde versucht, die Universität durch Bildung von regelmäßig tagenden Aktionsausschüssen in permanente Mobilisierung zu versetzen. Sie galt den Antiautoritären als Reservoir und Rückzugsgebiet des Widerstandes wie auch als alternatives Bildungszentrum. Die Gegenuniversität begann mit dem Aufbau alternativer Seminare, die bald von Hunderten Studierenden besucht werden sollten.<sup>xxxiv</sup> Anlässlich der Ereignisse des 2. Juni wurde die Linie der Berliner SDS-Gruppe hegemonial. Hans-Jürgen Krahl, einer der wichtigsten theoretischen Köpfe des SDS, der zuvor eher dem traditionalistischen Lager zugerechnet worden war, hielt auf der 22. Delegiertenkonferenz im September 1967 symbolisch das programmatische Referat mit dem Titel „Das Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität“, in dem die Aktionsorientierung und die Orientierung auf revolutionären Widerstand theoretisch begründet wurde. Zum ersten Mal zeigte sich, dass der SDS nicht nur als lokale Aktions- und Diskussionsgruppe, sondern auch als ein bundesweiter Studierendenverband agieren konnte. In zahlreichen Städten, insbesondere in Frankfurt, Heidelberg, München, Hamburg und Marburg, standen die lokalen SDS-Gruppen im Zentrum des studentischen Widerstandes. Sie initiierten Protestaktionen und wurden durch ihre Analysen und Deutungen ein Orientierungspunkt für die lokalen AktivistInnen. Neben dem Aufbau von Gegenstrukturen und einer permanenten Mobilisierung eines studentischen Gegenmilieus arbeitete der SDS an drei zentralen Kampagnen, der „Enteignet Springer“-Kampagne, dem Protest gegen die Notstandsgesetze und der Kampagne gegen den Krieg in Vietnam bzw. für die Solidarität mit dem Vietkong, der vietnamesischen Widerstandsbewegung.

### **1968: Klimax und Wendepunkt**

Die Erwartung einer weiteren Zuspitzung der Ereignisse bestätigte sich in den folgenden Monaten. Im Jahr 1968 überschlugen sich in wenigen Wochen die Ereignisse. Ende Januar – kurz vor dem internationalen Vietnamkongress, zu dem der SDS nach Berlin geladen hatte – konnten Fernsehzuschauer sehen, wie der Vietcong in der so genannten Tet Offensive<sup>3</sup> die

---

<sup>3</sup> Die Tet Offensive war ein Überraschungsangriff des Vietcong am Tag des Vietnamesischen Neujahresfestes (30. Januar). Der Angriff war militärisch eine drastische Niederlage, in der der südvietnamesische Vietcong so viele KämpferInnen verlor, dass er kaum noch in den restlichen

amerikanische Botschaft in Saigon, den Kaiserpalast in Hué und andere symbolische Plätze in Südvietnam eroberte. Entgegen den Aussagen der US-Militärs, die einen baldigen Frieden angekündigt hatten, zeichnete sich die Niederlage der Supermacht ab. Studierende demonstrierten währenddessen weltweit zu Zehntausenden: In Mexiko richtete die Armee ein Blutbad an, als sie auf eine Demonstration von über 100.000 Teilnehmern schoss. In der Tschechoslowakei wurde der Prager Frühling mit Hilfe russischer Panzer erstickt. In den USA war es schon seit Anfang der 60er Jahre zu massiven Ghettoaufständen der Afroamerikaner gekommen und die revolutionäre Black Panther Party organisierte bewaffnete Patrouillen gegen Polizeigewalt. Zur gleichen Zeit rief Che Guevara auf der Konferenz der Trikontinentale dazu auf, „zwei, drei, viele Vietnams“ zu schaffen und den Krieg in Form eines unmittelbaren Kampfes gegen die Militärmaschinerie in die Metropolen zu tragen.

Angesichts der globalen Ausbreitung der Widerstandsbewegungen und der Zuspitzung der Auseinandersetzungen rechneten die meisten AktivistInnen mit einem Fortschreiten der Bewegung hin zu einer internationalen Revolution.

In Deutschland war die Stimmung aufgeheizt. Es zeichnete sich ab, dass die Große Koalition die Notstandsgesetze trotz breiter Proteste absegnen würde. Währenddessen eskalierte die mediale Hetze gegen die radikalen Studierenden. Die Bild Zeitung veröffentlichte eine Ausgabe mit der Schlagzeile „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!“. Auf der Titelseite war ein Bild von Rudi Dutschke abgedruckt. In Berlin rief ein breites Bündnis unter Beteiligung der Gewerkschaften anlässlich des Vietnamkongresses zu einer Solidaritätsdemonstration mit den USA auf, die faktisch eine Demonstration gegen die Studierendenbewegung war. 60.000 Menschen erschienen und ein Teilnehmer mit optischer Ähnlichkeit mit Rudi Dutschke, den inzwischen jeder Fernsehzuschauer als Sprecher der Bewegung identifizieren konnte, wurde beinahe an Ort und Stelle gelyncht. Wenige Wochen später wurde Dutschke von dem arbeitslosen Bild-Zeitungsleser Josef Bachmann mit drei Schüssen in den Kopf niedergeschossen. Er überlebte schwer verletzt, konnte aber im weiteren Verlauf der Bewegung keine Rolle mehr spielen.

Trotz eines großen Sternmarsches von 60.000 bis 80.000 Menschen (darunter ca. 15.000 Studierende) auf Bonn als Höhepunkt der Opposition gegen die Notstandsgesetze, konnte deren Verabschiedung am 30. Mai 1968 nicht verhindert werden.

---

Kriegsverlauf eingreifen konnte. Die Tet Offensive war jedoch ein (möglicherweise kalkulierter) Mediene coup, der als Wendepunkt des Vietnamkrieges gilt. Der Vietcong eroberte unter anderem die Zitadelle in Hué und die US Botschaft in Saigon. Diese Bilder zerstörten die Glaubwürdigkeit von US-Präsident Johnson, der in den Wochen zuvor stets das baldige Ende des Krieges versprochen hatte.

In vielen Universitätsstädten lieferten sich Studierende Straßenschlachten mit der Polizei und blockierten die Auslieferung der Bild-Zeitung. An den so genannten Osterunruhen, die dem Attentat auf Rudi Dutschke folgten, beteiligten sich bundesweit über 60.000 Studierende. Sie wurden erstmals auch von meist jugendlichen ArbeiterInnen unterstützt. Zu diesem Zeitpunkt sympathisierte nach einer Spiegel Blitzumfrage sogar eine relative Mehrheit der Jugend mit dem SDS und die Bewegung erreichte damals ihre höchste Ausstrahlungskraft.<sup>xxxv</sup>

Dennoch war dieser tragische Klimax auch ein Wendepunkt in der Geschichte der antiautoritären Bewegung. Zwar befand sich die Bewegung vermeintlich weltweit in der Offensive und auf dem Weg zur Revolution, doch war sie in Deutschland zugleich in der Defensive gegenüber der Gewalt, die von Medien und Staat ausging. Zudem war sie von Widersprüchen begleitet, die zum Niedergang der Studierendenrevolte und schließlich zur Spaltung des SDS führen sollten.

### **Außenwendung und Isolation**

Der Ausbruch der Massenbewegung an den Hochschulen nach dem Mord an Benno Ohnesorg zeigte schon während seiner Entstehung die Grenzen rein studentischen Protestes auf. In einer Konfrontationssituation, in der die Rebellion gegen die bestehenden Verhältnisse, also eine grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung, die einzige Option zu sein schien, war die soziale Basis der Bewegung schwach. Wolfgang Lefevre, 1967 SDS-Mitglied und AStA Vorsitzender an der FU Berlin, bemerkte rückblickend im Februar 1968:

"Es gab bis dahin [...] so etwas wie systematische Politik in den Hochschulen, also an den verschiedenen Friktionen und Konflikten der Hochschule, und es gab so etwas wie Ausflüge in die Stadt mit Vietnam-Themen oder ähnlichen Sachen [...]. Und erst mit dem 2. Juni [...] kam uns die Notwendigkeit geradezu als Überlebensfrage, hier systematisch städtische Politik zu machen. Und auf das war der SDS und sein Umkreis und wie man das heute so nennt - das antiautoritäre Lager - in gar keiner Weise vorbereitet. [...] Ich meine, was jetzt hier los wäre, wäre eigentlich Aufgabe einer - etwas, was an Partei nennen könnte, ohne daß sich nun Partei verstehen will, [...] und bis heute ist es uns nicht gelungen entscheidende organisatorische Konsequenzen für die Organisation der Arbeit durch unseren Verband durchzuführen."<sup>xxxvi</sup>

Dieses Dilemma verschärfte sich noch im weiteren Verlauf der Bewegung. An den Universitäten nahm die Zahl der Aktiven zu und die Studierenden radikalisierten sich. Gleichzeitig blieb ein Überspringen des Protestes auf den Rest der Gesellschaft, insbesondere auf die Betriebe, vorerst aus. In Anlehnung an Marcuse war der Bezug des SDS auf die Arbeiterbewegung ja auch ambivalent gewesen. Sie reflektierte dabei die Erfahrungen im Zeitalter des Wirtschaftswunders, als die Konflikte meist sozialpartnerschaftlich am runden Tisch gelöst wurden und der Wohlstand der meisten ArbeiterInnen ungeachtet aller

Ungerechtigkeiten in der Welt zunahm. Nun war das zentrale Anliegen der Bewegung der Aufbau einer Gegenmacht und der SDS war mit der Aufgabe einer über die Universitäten hinausreichenden bundesweiten Bewegung schlicht überfordert. Die Ansätze, die bis dahin verfolgt worden waren, reichten zudem nicht aus, um die autoritäre Deformation der Gesellschaft und die Repressionen gegen die Studierenden aufzuhalten. Die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze konnten deren Verabschiedung trotz beachtlicher Mobilisierung nicht verhindern. Ähnliches gilt für die Kampagne gegen die Bildzeitung, die zwar bewirkte, dass sich die Verurteilung der Bildzeitung innerhalb des progressiven Milieus weiter verstärkte. Doch war auch hier klar, dass die Kampagne kaum zur Zerschlagung des Manipulationsapparates ausreichen konnte. Die Aufmerksamkeit in den Diskussionen richtete sich zunehmend auf die Frage der „Macht“, darauf, wie die Bewegung die ausreichende Stärke erreichen könnte, um sich gegen die sich auf staatliche Gewalt und mediale Manipulation stützende autoritäre Herrschaft durchzusetzen.

Dann kam der Mai 1968 in Frankreich. Die Proteste der Studierenden in Paris weiteten sich zu mehrtägigen Straßenschlachten aus. Der Funke des Protests sprang auf die Betriebe über. Binnen weniger Tage streikten über zehn Millionen ArbeiterInnen in den verschiedensten Branchen und Regionen des Landes. Die AktivistInnen auf der ganzen Welt verfolgten gebannt die Nachrichten über den Generalstreik, der bis heute der größte Streik der Geschichte ist. Frankreich bewegte sich am Rand einer wirklichen, von ArbeiterInnen getragenen Revolution. Präsident de Gaulle floh nach Baden Baden und führte dort Gespräche mit der deutschen Armeeführung um sie – wie schon während der Pariser Kommune 1871 – im Fall der Fälle für die Niederschlagung des Generalstreiks mobilisieren zu können. Die Stadt Nantes und andere Orte standen währenddessen vollständig unter Kontrolle der ArbeiterInnen und ihrer gewählten Organe, welche die öffentliche Versorgung koordinierten.<sup>xxxvii</sup>

Die Nachrichten aus Frankreich schlugen in den Kreisen der politischen Studierenden ein wie eine Bombe. Sie zeigten, dass die Arbeiterklasse keineswegs abgeschrieben werden konnte. Auch in Deutschland sollte es im September 1969 zu einer Welle von wilden Streiks kommen, die den Eindruck verstärkten, dass die Revolution unmittelbar bevorstehe.<sup>xxxviii</sup>

Paradoxerweise ebnete die Bewegung an den Hochschulen währenddessen ab. Es kam zwar zu einem entschlossenen – allerdings keineswegs von der Masse der Studierenden getragenen – Besetzungstreik in Frankfurt am Main; abgesehen davon waren größere Protestaktionen aber spärlich. Die Studierenden organisierten sich aber in zahlreichen alternativen Projekten, in

Seminaren der kritischen Universität und in Basisgruppen, die versuchten, Stadtteilarbeit zu etablieren.

Die dominante Position unter den StrategInnen der Bewegung war, dass reine Studierendenpolitik keinen Sinn mehr machte, dass eine strategische und praktische Umorientierung auf die Arbeiterklasse erfolgen müsse, um eine Revolution in Deutschland möglich zu machen.

### **Die faktische Auflösung des SDS in der Protestbewegung**

Zu einer solchen Umorientierung war der SDS in seiner Gesamtheit jedoch nicht mehr in der Lage. Schon ab Mitte 1967 war es zu einem schleichenden Zerfall der Organisationsstrukturen gekommen. Die führenden Mitglieder betonten den Aufbau von Gegeninstitutionen und Aktionszentren als organisatorische Maßnahmen zum Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht. Damit war die Rolle des SDS, dessen Zentrum geschwächt und dessen Organisationsstruktur im Fluss war, zunehmend unklar. Die Avantgardefunktion, die bisher vom SDS wahrgenommen worden war, sollte nun auf Aktionszentren - ein Netz von verschiedenen Gruppierungen der Protestbewegung - übergehen. SDS-Mitglieder spielten in diesen zwar oftmals eine herausragende Rolle, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ad-hoc-Gruppierungen der Bewegung und dem SDS begannen aber zu verschwimmen.

Im Rechenschaftsbericht zur 23. Delegiertenkonferenz im November 1968 stellte der Bundesvorstand fest:

"Ein Bericht über die Entwicklung des SDS im vergangenen Jahr muss davon ausgehen, daß der Verband als autonome Einheit gegenwärtig überhaupt nicht sinnvoll darzustellen ist. Der SDS hat sich wesentlich in die antiautoritäre Bewegung aufgelöst, deren nominelle Spitze er darstellt."<sup>xxxix</sup>

Die Gruppe in München sei faktisch aufgelöst, in Köln sei der SDS paralyziert. Der Bundesvorstand sei nur noch administrative, formale Repräsentanz der dezentralisierten Gruppen, die sich organisatorisch durch "permanente Aktionen" definierten.

Bernd Rabehl, zu dieser Zeit führendes Mitglied des SDS Berlin, beschrieb in einem Artikel in der Verbandszeitschrift Neue Kritik, wie die Auflösung des Verbandes in Berlin in die Protestbewegung von statten gegangen war:

"Unter der extremen Bedrohung der Pogromstimmung gegen die Studenten [wandten sich diese] mit Tausenden von Flugblättern an [die] Bevölkerung [...]. Um diese Kraftanstrengung vollbringen zu können, bildeten die Studenten Komitees, womit sie ihre traditionelle Organisation der politischen Verbände aufhoben. Auch der SDS löste sich in diese populistische Massenbewegung auf, konnte als Organisation seine Avantgarderolle nicht ausüben und wurde der Öffentlichkeit nur dadurch bekannt,

daß einzelne Funktionäre als politisch ausgebildete Einzelkämpfer eine führende Rolle in diesen Kampagnen übernahmen. Eine verbindliche Kommunikation bestand unter diesen Einzelkämpfern nicht.<sup>xi</sup>

Die Diffusion der SDS-Mitglieder in verschiedene Aktionsgruppen der Außerparlamentarischen Opposition trieb die Zersetzung des heterogenen Verbandes voran. Die innerverbandliche Kommunikation brach fast vollständig zusammen, gemeinsame Diskussionen beschränkten sich weitgehend auf die jährlichen stattfindenden Delegiertenkonferenzen und die theoretische Auseinandersetzung in der Verbandszeitschrift Neue Kritik. Dadurch wurde die Orientierung des Verbandes zunehmend von einzelnen exponierten Persönlichkeiten des SDS repräsentiert, die sich im Zuge der späteren politischen Fragmentierung des Verbandes zu regionalen "Kleinfürsten" mit innerverbandlichem Führungsanspruch mauserten.<sup>xii</sup> Die praktische Leitung des Verbandes lag damit faktisch in den Händen einer nicht formell legitimierten eloquenten Elite. Angesichts des unterschiedlichen Wissens- und Reflexionsniveaus der Mitglieder entstanden so informelle hierarchische Beziehungen im SDS. Die daraus resultierenden Spannungen entluden sich in einer "Revolte in der Revolte", einer Rebellion eines Teils der Mitgliedschaft gegen die Wortführer. In der Spätphase des SDS kamen jedoch auch Spannungen zum Vorschein, die während der scheinbar unaufhaltsamen Vorwärtsbewegung des Studierendenprotestes verborgen geblieben waren. Das wichtigste Ereignis war die Intervention des „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“ auf der 24. Delegiertenkonferenz des SDS im November 1968. Die weiblichen Mitglieder trugen ein Manifest vor, in dem aus einer sozialistischen Perspektive die Ignoranz des SDS gegenüber dem „spezifischen Ausbeutungsverhältnis, unter dem Frauen stehen“ kritisiert wurde. Da die Forderungen der Frauen weit gehend auf Unverständnis trafen, wurde Hans-Jürgen Krahl stellvertretend für die „Autoritären“ des SDS mit Tomaten beworfen. Diese Tomatenwürfe bildeten keinen Ausgangspunkt der neuen Frauenbewegung, deren Ausstrahlung bis heute eine der nachhaltigsten Wirkungen von 1968 darstellt.<sup>xiii</sup> Leider konnte es nicht mehr zu einer produktiven Auseinandersetzung mit den erstmals artikulierten Forderungen der weiblichen Mitglieder innerhalb des Verbandes kommen, da sich der SDS schon in Auflösung befand.

Die organisatorische Fragmentierung des SDS war im Kern ein Problem der politischen Perspektive. Angesichts der globalen Zuspitzung der Proteste und der unmittelbaren Konfrontation mit dem bundesdeutschen Gewaltmonopol wurde die Fixierung einer neuen politischen Strategie immer dringlicher – zumal sich erwiesen hatte, dass Spontaneität und bewusste Regelverletzung kaum hinreichend waren, um über die Universitäten hinaus massenhaften Widerstand zu bewirken. Unter diesen Umständen begannen die

unterschiedlichen Strömungen, die zuvor heterogen in einer durchaus fruchtbaren Verbindung koexistiert hatten,

als zentrifugale, sich einander ausschließende Kräfte innerhalb des SDS zu wirken. Ein Sprecher auf der Delegiertenkonferenz 1968 beschrieb diesen Prozess:

"Schauen wir uns doch mal die einzelnen SDS-Gruppen an, von Frankfurt bis Berlin. Überall sehen wir Destruktionserscheinungen, Zersetzungserscheinungen, die Gruppen fliegen auseinander und dann brauchen sie irgendwelche ad-hoc-Gruppen oder Aktionen, die sie dann wieder für kurze Zeit zusammenführen. In Münster sieht das zur Zeit etwa folgendermaßen aus: die alte Organisation hat sich nicht bewährt, Kollektive haben sich nicht bewährt, die Gruppen haben sich getrennt in ideologische Unterschiede zwischen Stalinisten und Nichtstalinisten, einige versuchen Kommune zu machen."<sup>xliii</sup>

Eine Vermittlung der unterschiedlichen Theorie- und Erfahrungshorizonte in einem gemeinsamen Lernprozess wurde zunehmend unmöglich. Der Druck von über 1.000 Strafverfahren in Folge der Osterunruhen und anderer militanter Auseinandersetzungen minderte zudem die Fähigkeit, geduldig nach gemeinsamen Strategien zu suchen. Das Organisationsmodell des SDS galt als überholt. Die meisten Mitglieder wandten sich – vom Kinderladen bis zu Gruppen, die sich als Kern proletarischer Parteien verstanden – Projekten zu, die sie als die jeweilige konsequente und strategisch sinnvollste Fortführung bzw. Überwindung der antiautoritären Bewegung verstanden. Dies führte zur faktischen Selbstauflösung des SDS, lange bevor die formelle Auflösung im Herbst 1970 vollzogen wurde. Die Generation der Revoltierenden orientierte sich in verschiedenste Richtungen, je nach politisch-ideologischem Hintergrund und lokalem Erfahrungshorizont. Mit der Verlagerung der Aktivitätsschwerpunkt glich der SDS einer leeren Hülse, in der verschiedenste und zunehmend unvereinbare Strömungen Mitglied waren, der aber für sich genommen keine Funktion mehr hatte.

## **Ihr Erbe und unseres**

## **Ihr Erbe und unseres**

In einer oberflächlichen Betrachtung könnte man die Geschichte des SDS lediglich als Geschichte eines Scheiterns interpretieren. Tatsächlich wurden auch große Hoffnungen enttäuscht. Die Vision der Selbstbefreiung und einer weltweiten Überwindung des Kapitalismus bleibt uneingelöst. Die Wucht, mit welcher der heutige Finanzmarktkapitalismus zu neuen Ungleichheiten, Kriegen und allgemein zu Zerwürfnissen in den sozialen Beziehungen führt macht die Grenzen der Erfolge von 1968 erfahrbar.



Dennoch ist die Geschichte des SDS sehr wohl eine Erfolgsstory. Seine Initiative und seine strategische Perspektive hatten einen großen Anteil an jenem Aufbäumen, das die Gesellschaft nachhaltig geprägt hat. Nicht nur in Form politischer Reformen und neuen Spielräumen in Wissenschaft, Kunst und Alltagspraxis, sondern auch hinsichtlich der Entstehung einer neuen Linken, die in ihren unterschiedlichen Ausprägungen nach einer Anknüpfung an das Projekt 1968 suchte und von der wir heute in West und Ost profitieren. Es bleibt das Verdienst des SDS, zum ersten Mal wieder zur Entstehung einer radikalen Linken jenseits von Sozialdemokratie und Stalinismus beigetragen zu haben.

Bedeutend ist aber auch das Reservoir an Erfahrungen von 1968 selbst. Die Bewegungspraxis des SDS wurde von jenen Veteranen, die sich in vielen verschiedenen Folgeprojekten engagierten, bald als unreif, naiv und bestenfalls unvollkommen abgetan. Den einen war sie lediglich eine antiautoritäre „Phase“ vor dem eigentlichen Projekt der Parteibildungen, mit dem der antikapitalistische Kampf ernsthaft angepackt werden sollte; den „realpolitischen“ orientierten Erben war es die Zeit der wilden Ideale, die über das Ziel hinausschossen, von denen aber ein bestimmtes Destillat in pragmatische Reformpolitik überführt werden könne. Beiden Nachfolge-Orientierungen ist gemein, dass in ihnen die lebendige Interaktion zwischen Organisation und Bewegung, die den SDS in den 60er Jahren auszeichnete weitgehend verloren ging. Natürlich war auch der Niedergang der internationalen Protestbewegung ausschlaggebend dafür, die Erstarrung der verschiedenen Folgeprojekte ist in gewisser Weise konsequent.

Für eine neue Linke innerhalb und außerhalb der Universitäten bleibt die Geschichte des SDS ein interessanter Ausgangspunkt für Diskussionen um Selbstverständnis, theoretische Orientierung und emanzipatorische Praxis. In diesem Sinne sollen abschließend einige Aspekte der Geschichte des SDS hervorgehoben werden. Dabei liegt die Betonung auf einer Hervorhebung der Stärken des Verbandes, nicht auf der Auseinandersetzung mit seinen Schwächen. Manche der Defizite und Fehleinschätzungen, wie z.B. der zu emphatische Bezug auf nationale Befreiungsbewegungen oder die mangelnde Thematisierung von Geschlechtergerechtigkeit wurden bereits an verschiedenen Stellen des Textes erwähnt und diskutiert.

Die Benennung von Aspekten der Organisationsgeschichte, die von den Autoren als Stärken des SDS in seinem historischen und politischen Kontext empfunden werden, liefert eine Vorlage für die Diskussion um die Ausrichtung einer heutigen sozialistischen Studierendenpolitik. Die heutigen Bedingungen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht vom westdeutschen Nachkriegskapitalismus mit seinen hohen ökonomischen Wachstumsraten, der

relativ stabilen sozialpartnerschaftlichen Klassenbeziehungen und der ideologisch und politisch prägenden Erfahrung der Blockkonfrontation. Ein unreflektiertes Nachahmen der Politik des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes wäre daher zum Scheitern verurteilt. Dennoch lohnt es sich unserer Auffassung nach, sich an den Erfahrungen des SDS zu reiben und seine Politik als Folie für die Diskussion um die politische Praxis heute zu machen. Insofern sind die folgenden Punkte für einen Aufschlag für hoffentlich spannende Debatten im Jubiläumsjahr und darüber hinaus zu verstehen.

### 1. Lebendiger Marxismus

Der SDS erarbeitet sich in Zusammenarbeit mit den ihm nahe stehenden Intellektuellen eine umfassende Gegenwartsdiagnose, die ihm ein Fundament für eine neue strategische Ausrichtung und letztendlich für praktische Intervention lieferte. Die Neupositionierung des Verbandes nach dem Rauschmiss aus der SPD und der Präsenz eines „real existierenden“ Systems, das die sozialistische Tradition für sich behauptete, war keineswegs einfach. Dass der SDS dazu fähig war sich neu zu erfinden, war eine bedeutende Stärke seiner offenen Diskussionskultur, in der verschiedenste Strömungen, die sich ideologisch sowohl an der Sozialdemokratie als auch an den Staaten des Ostblocks rieben, koexistieren und miteinander interagieren konnten. Es ist als eine bedeutende Stärke zu werten, dass der Marxismus hierbei nicht einfach über Bord geworfen wurde, sondern dass die Phänomene der Nachkriegsgesellschaft in einem systemkritischen und auf die Analyse der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse abzielenden Verständnis gedeutet wurden. Die Ergebnisse waren aus heutiger Sicht nicht immer treffend, aber auch das ist Kennzeichen eines lebendigen theoretischen Diskussionszusammenhanges.

### 2. Theorie und Praxis

Mit der Wendung auf die Praxis gelang es dem SDS, theoretische Bezugspunkte mit praktischer Intervention zu verbinden. Erst dadurch konnte der SDS ein bedeutendes Rückgrat der Bewegung werden. Eine derartige Einheit von Theorie und Praxis kann nur unter den Bedingungen von einer realen Verbindung des Diskussionszusammenhanges mit einer Bewegung von unten entstehen. Die Bewegung lebt dann als ein kollektiver Lernprozess, der sich in einer Gegenkultur, den verschiedenen Bewegungsmedien und in seiner systematisiertesten und organisiertesten Form in den Debatten innerhalb einer Bewegungsorganisation äußert – in diesem Fall dem SDS. Die Interaktion zwischen konkreter Erfahrung und durch historische Erfahrung angereicherte Theorie ist ein wesentlicher Faktor

für die Entwicklungsfähigkeit und längerfristige Strategiebildung von außerparlamentarischem Protest.

### 3. Bündnispolitik und Avantgardefunktion

Die zentralen Konfliktlinien innerhalb des SDS werden meistens als eine Auseinandersetzung beschreiben, die zwischen den traditionell denkenden SDS Mitgliedern mit einer Orientierung auf Arbeiterklasse, Bündnispolitik mit den Gewerkschaften und klassischen Sozialismusmodellen („Traditionalisten“) sowie den Antiautoritären mit ihrer Orientierung auf die Befreiungskämpfe der Dritten Welt und einer Aufweichung bzw. Ablehnung traditioneller Klassenkonzeptionen ausgetragen wurde. Daran ist vieles richtig. Tatsächlich bestanden besonders auf theoretischer und strategischer Ebene erhebliche Differenzen, die nicht einfach aufgelöst werden konnten.

Gleichzeitig repräsentieren „traditionalistische“ und „antiautoritäre“ Strategien auch unterschiedliche Anforderungen an die Organisation im Kontext realer Bewegungen. Die Orientierung auf Gewerkschaften und breite Bündnisse ist ein essentieller Bestandteil einer längerfristigen strategischen Perspektive und gleichzeitig Ausdruck eines Defensivkampfes gegen die Aushöhlung der Demokratie und andere reaktionäre Vorhaben. Die antiautoritäre Taktik der „Aufklärung durch Aktion“ bzw. der bewussten Regelverletzung war dagegen die geeignete Aktionsform, mit welcher die radikale Minderheit der Studierenden in der Praxis zusammenfand und welche den SDS als organischen Teil des beginnenden außerparlamentarischen Kampfes etablierte. Beide Ausrichtungen waren für den Erfolg des SDS von großer Bedeutung. Aus diesem Grund blieb es in dessen Geschichte auch nicht bei einem schroffen Gegensatz von Antiautoritären und Traditionalisten, sondern die Strömungen blieben stets lose, gingen Verbindungen miteinander ein und standen in einem konfliktiven Dialog.

Aus heutiger Sicht geht es nicht darum, sich für eine der beiden Varianten zu entscheiden, sondern den Wert der einen und der anderen in ihrem historischen Kontext zu verstehen, ihre Stärken und Schwächen abzuschätzen und entsprechende Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

### 4. Studierende und Arbeiterbewegung damals und heute

Mit dem 2. Juni 1967 war die Phase des symbolischen Protestes vorbei, die Studierenden waren „in die politische Sphäre geschleudert“ (Wolfgang Lefèvre), in eine Machtauseinandersetzung mit den Strukturen kapitalistischer Herrschaft verwickelt worden.

Schon die unmittelbare Reaktion des SDS bestand darin, an die Solidarität der gesamten Bevölkerung zu appellieren um sich gegen die Aggression von Seiten der Medien und des Staates zu verteidigen. Mit dem französischen Generalstreik im Mai 1968 und den deutschen Septemberstreiks 1969 wurde die Arbeiterklasse, die viele SDS-Mitglieder zuvor als historisches Subjekt abgeschrieben hatten, wieder entdeckt.

Die Paradoxie der deutschen 1968er Bewegung liegt nun darin, dass diese - unseres Erachtens richtige - Erkenntnis zu einem Zeitpunkt reifte, als die Integration der Arbeiterbewegung in Deutschland kaum im großen Stil überwunden werden konnte. Während nach dem Mai 68 unmittelbare Revolutionshoffnungen sprießten, blieb die Sozialpartnerschaft im Wesentlichen intakt. Auch die Entstehung der Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren hatte zunächst einen eher disziplinierenden Effekt auf die abhängig Beschäftigten. Radikale Strömungen blieben in der deutschen Arbeiterbewegung eher eine Randerscheinung.

Dadurch blieb 1968 in Deutschland mehr oder weniger eine Intellektuellen- und Jugendbewegung, die große kulturelle Veränderungen und in gewissem Maße auch die sozialen Reformen der Brandt-Ära einläuteten. Letztendlich erreichte diese Bewegung aber nicht die Dimension einer Belebung einer lebendigen kapitalismuskritischen Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung.

Künftige politische Auseinandersetzungen finden in einem völlig anderen Kontext statt, der hier nur kurz skizziert werden kann. Der „nationale Wettbewerbsstaat“ ist durch eine zunehmend größer werdende Kluft zwischen arm und reich geprägt. Mit Deregulierungs- und Privatisierungsprogramme werden immer mehr gesellschaftliche Bereiche Marktimperativen unterworfen. Im Finanzmarktkapitalismus hat die Transnationalisierung von Produktions- und Kapitalstrukturen eine neue Qualität erreicht. In der Folge ist die Mehrheit der Bevölkerung mit zunehmend unsicheren Lebens- und Arbeitsverhältnissen konfrontiert. Auch die Hochschule als Lern- und Lebensort der Studierenden hat sich tief greifend gewandelt. Kämpfe der SDS noch für eine Öffnung der Universitäten und gegen den „Muff der Talare“, wird heute die bildungsreformerische Hochschule der 1970er Jahre zurückgefahren und ihre Funktion analog zu den gesellschaftlichen Entwicklungen neoliberal rekonfiguriert. Die langfristigen Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein der Studierenden sind erst in Ansätzen zu erkennen. Diese Entwicklungen stellen sozialistische Studierendenpolitik vor neue Herausforderungen. Zum einen gilt es den neuen Rahmenbedingungen an den Hochschulen durch eine Neuausrichtung linker Interessenspolitik zu begegnen und zum anderen kann und darf eine solche Politik nicht auf die Hochschule beschränkt bleiben.

Im Zuge der sich verschärfenden Widersprüche im globalen Kapitalismus ist die gemeinsame Betroffenheit von Studierenden, lohnabhängig Beschäftigten, Erwerbslosen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ein möglicher Ausgangspunkt für eine Politik, die die relative Isolation von Studierenden durch eine Verknüpfung einer sozialen und hochschulpolitischen Interessensvertretungspolitik an der Hochschule mit gesamtgesellschaftlichen antineoliberalen Kämpfen gegen den Abbau von sozialen und freiheitlichen Rechten zu überwinden sucht.

- 
- <sup>i</sup> U.a.: Bauß, Gerhard: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin, Köln 1977; Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung - Deutschland, Westeuropa, USA, München 2001; Klimke, Martin / Scharloth, Joachim (Hrsg.): 1968. Ein Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Metzler, Stuttgart 2007; Michael Schmidtke: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er-Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt/Main 2003
- <sup>ii</sup> Fichter, Tilman P.; Lönnendonker, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke. 4. überarbeitete und ergänzte Auflage, Essen 2007, S.31ff.
- <sup>iii</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 47ff.
- <sup>iv</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 81ff.
- <sup>v</sup> Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Vierte, erweiterte Auflage. Köln: 1978
- <sup>vi</sup> Zitiert nach: Fichter/Lönnendonker, S. 114
- <sup>vii</sup> Abendroth, Wolfgang: Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. 2. Auflage, Neuwied/Berlin 1972.
- <sup>viii</sup> Lönnendonker, Siegward; Rabehl, Bernd; Stadt, Jochen, Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Opladen 2002 S. 76 und S. 133.
- <sup>ix</sup> Deppe, Frank, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Keimzelle der Bewegung von 1968?, in: Buckmiller, Michael und Perels, Joachim (Hg.): Opposition als Triebkraft der Demokratie: Bilanz und Perspektiven der zweiten Republik. Jürgen Seifert zum 70. Geburtstag, Hannover 1998, S. 112–127, S.117
- <sup>x</sup> Fuhrmann, Frank-Uwe et al.: Die Provokationselite. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund und die sozialen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren. Vorläufige Ergebnisse, Berlin 1985
- <sup>xi</sup> Deppe, Frank, S. 120ff.
- <sup>xii</sup> Hochschule in der Demokratie. Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Durchgesehene Neuauflage, Frankfurt/Main 1965
- <sup>xiii</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 108.
- <sup>xiv</sup> Fuhrmann et al.
- <sup>xv</sup> In der Höchster Vereinbarung von 1964 bescheinigten sich die beteiligten Studierendenverbände LSD, HSU, SHB, BDIS und SDS vor allem die gegenseitige Koalitionsfähigkeit bei der Bildung von ASten.
- <sup>xvi</sup> Dutschke, Gretchen: Wir hatten ein barbarisch schönes Leben, Köln 1996. S. 61.
- <sup>xvii</sup> zitiert in: Lönnendonker, Rabehl und Stadt, S. 414.
- <sup>xviii</sup> Das Manuskript des Referates von Dutschke ist erhalten und abgedruckt in: Lönnendonker, Rabehl und Stadt, S. 235-237.
- <sup>xix</sup> Zitiert in: Lönnendonker, Rabehl und Stadt, S. 236.
- <sup>xx</sup> Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 222.
- <sup>xxi</sup> Bergmann et al., Rebellion der Studenten oder: Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 24.
- <sup>xxii</sup> Fülberth, Georg: Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945. Köln 2007, S. 143.
- <sup>xxiii</sup> Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 120ff.
- <sup>xxiv</sup> Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 141.
- <sup>xxv</sup> Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 144.
- <sup>xxvi</sup> Resolution vom 22. Juni 1966, verabschiedet von den zum *sit-in* versammelten Studenten der Freien Universität Berlin, zitiert in: Bergmann, et al., S. 21.
- <sup>xxvii</sup> Protokoll der Sitzung des Politischen Beirats [des RCDS] vom 10. 10. 1967, zitiert in: Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 189.

- 
- <sup>xxviii</sup> Dutschke selbst war 1965 Kritiker einer hochschulpolitischen Orientierung und änderte seine Haltung erst im Verlauf der Ereignisse. Dutschke, Leben, S. 101f.; Lönnendonker, Rabehl und Stadt, Revolte, S. 422.
- <sup>xxix</sup> Lönnendonker, Rabehl und Stadt, S. 167.
- <sup>xxx</sup> Bauß, Gerhard, S. 135
- <sup>xxxi</sup> Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels. Frankfurt/ Main: 1976.
- <sup>xxxii</sup> Habermas, Jürgen, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt/Main 1969, S. 148
- <sup>xxxiii</sup> zitiert in: Wolff, Frank und Windaus, Eberhard, Studentenbewegung 1967 - 69, Frankfurt/Main 1977, S. 55.
- <sup>34</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 180
- <sup>xxxv</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 183
- <sup>xxxvi</sup> zitiert in: Wolff, Frank und Windaus, Eberhard, Studentenbewegung 1967-69, Frankfurt am Main 1977. S. 91.
- <sup>xxxvii</sup> Gilcher-Holtey, Ingrid, Die Phantasie an der Macht. Mai 68 in Frankreich, Zweite Auflage, Frankfurt am Main 2001.
- <sup>xxxviii</sup> Birke, Peter, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main 2007
- <sup>xxxix</sup> Rechenschaftsbericht, S. 68.
- <sup>xl</sup> Rabehl, Bernd: Der SDS und die Strategie der direkten Aktionen in Westeuropa, in nk 50 (1968), S. 26-53. S. 43.
- <sup>xli</sup> Fuhrmann et al., Bedeutung des SDS, S. 177.
- <sup>xlii</sup> Notz, Gisela, Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte, Organisationsformen, politische Konzepte, Neu-Ulm 2006
- <sup>xliii</sup> Studentenbewegung 1967-69, S. 193.

*Florian Butollo, 5. Dezember 2007.*